auf die *kurzfristige* Steigerung der Chance zur Vermittlung in Arbeit abzielt. Zurecht verweisen Klein und Reutter in diesem Zusammenhang auf „die Paradoxie, zunehmend Qualitätssicherungssysteme ausweisen zu müssen und gleichzeitig die Ressourcen für qualitätsvolle Arbeit entzogen zu bekommen" (S. 98). Wenngleich diese Problematik im Rahmen des vorliegenden Konzeptes kaum gelöst werden kann, macht der Hinweis deutlich, dass für erwachsenenpädagogisch ambitionierte Konzepte wie Lernberatung in einer ökonomisch orientierten Weiterbildungslandschaft mitunter gekämpft werden muss – wobei sich die Bedingungen außerhalb der öffentlich geförderten Weiterbildung häufig als einfacher darstellen, als innerhalb.
Mit der Lektüre des Bandes gewinnt man einen wertvollen Überblick über relevante Praxisprojekte wie auch eine komprimierte Darstellung des konzeptionellen Hintergrunds (vgl. hierzu auch die Beiträge von Rohs und Käpplinger, Schmidt-Lauff und Wenzig). Auf theoretische Explorationen wird hierbei weitgehend verzichtet. Der Bezugspunkt der Beiträge ist stets die Weiterbildungspraxis und so geht es den Autor/inn/en weniger um die Aufgabe, den Lernberatungsbegriff konzeptionell zu schärfen, als darum, ein für die Praxis hinreichendes Verständnis darzustellen und durch überzeugende Beispiele nicht zuletzt zur weiteren Verbreitung von Lernberatung in der Weiterbildung zu ermutigen.

Henning Pätzold

Karsten Rudolf
Bericht politische Bildung 2002
Was wollen die Bürger? Eine Marktanalyse zur außerschulischen politischen Bildung in Deutschland
(Institut Junge Bürgergesellschaft) Büdingen 2003, 254 Seiten, 34,50 Euro,
ISBN: 3-00-009262-5

Rudolfs hier zu besprechende Analyse hat in kurzer Zeit bereits zu Auseinandersetzungen und Diskussionen geführt, von manchen wird er dabei als neoliberaler junger Wilder und Deregulierer der politischen Bildung wahrgenommen, von anderen als Anreger für notwendiges Aufbrechen und Überwinden verkrusteter Strukturen, bürgerabgewandter Praxisformen und alt gewordener theoretischer Deutungsmuster. Solche Kontroversen zu induzieren kann durchaus als Verdienst wahrgenommen werden, ebenso wie der Umstand, den wenigen empirischen Untersuchungen zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung eine weitere hinzugefügt zu haben.
An der Verwirklichung dieser Studie haben sich neben dem hauptverantwortlichen Autor der Büdinger Kreis e. V., der DVV, die Dresdener Bank, die Hessische Landeszentrale für politische Bildung und das Markt- und Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid beteiligt, welches auch die praktische Umsetzung der Umfrage realisierte.
Rudolf will ein „Markt(forschungs)modell für politische Bildung" präsentieren, das die Interessen der Bürger in den Mittelpunkt stellt und die Ziele verfolgt,

- den „Bedarf der Bevölkerung an konkreten politischen Bildungsinhalten und -formen,
- das Potenzial außerschulischer politischer Bildung in Deutschland,
- die Motive zur Teilnahme ...
- und die Erwartungen der Bürger an Bildungsangebote und -träger" zu ermitteln (S. 15).

Im Herbst 2001 wurden in den ersten zwei Arbeitsabschnitten, in denen es zunächst um den allgemeinen Bedarf und dann um Konkretisierungen im Hinblick auf Inhalte und Formen ging, 2000 Personen, die älter als 14 Jahre waren, befragt. Nach den Gründen und Bedingungen, auch ein Angebot wahrzunehmen, wurde in einer zusätzlichen dritten Interviewphase, an der 1000 Personen beteiligt waren, geforscht. Der Fragenkatalog, methodisches Design und Auswertungswege werden im ersten Drittel gründlich erläutert – im Hauptteil werden die Ergebnisse dargestellt, wobei es manchmal rezeptionsfreundlicher und übersichtlicher hätte zugehen können. Eine beigefügte CD-Rom bietet allerdings detaillierten Einblick in die absolute und prozentuale Datenwelt. Eine Zusammenfassung am Schluss bietet schließlich ein kompaktes Resümee und einen Ausblick.
Die Ergebnisse können hier nur in wenigen Ausschnitten und ausschnittartig übermittelt werden, die wichtigste Botschaft lautet: Die Einrichtungen der politischen Bildung nutzen das vorhandene Bürgerinteresse nicht, das konkrete Teilnahmepotenzial liegt nach Rudolf bei ca. 10 %, möglich wäre eine Quote

bis an die 40 %. Etwa 40 % der Bürger würden auch eine unabhängige Beratungsstelle für politische Fragen und Themen, insbesondere in Wahlkampfzeiten, begrüßen. Nicht ganz unerwartet aktivieren sich die besser Verdienenden und besser Gebildeten aus den Großstädten für die Belange der polischen Bildung, warum aber Protestanten in mancherlei Hinsicht, wie die Studie nahe legt, interessierter sein sollten als Katholiken, will dem Rezensenten nicht einleuchten. Nur eine kleine Minderheit ist gemäß der Umfrage bereit, für politische Bildung Geld auszugeben. Wichtig sind Aktualität, Ortsnähe, zeitliche Kompaktheit, Überparteilichkeit und auch der Spaßfaktor der Angebote. Thematisch dominiert das Interesse an alltags- und lebensweltnahen Gegenständen wie die Gesundheits- und Sozialpolitik und kommunale Fragen.

So stehen vor allem offenbar die Volkshochschulen in der Wertschätzung der Teilnehmerschaft. Rudolf charakterisiert (passenderweise?) die konfessionellen und gewerkschaftlichen Anbieter sowie die Stiftungen pauschalisierend als interessengebundene Träger, dies wird der dort praktizierten und in Untersuchungen längst nachgewiesenen Professionalität gewiss nicht gerecht.

Er wirft der etablierten Trägerschaft vor, „nur das elitäre 5 % Stammpublikum“ erreichen zu wollen. Künftig solle eine Breitenbildung, für die vor allem die Volkshochschulen infrage kämen, von der Elitebildung unterschieden werden, die die milieuverbundenen Einrichtungen betreiben könnten. Die vornehmlich politikwissenschaftliche Perspektive, die Rudolf einnimmt, bevorzugt eine informationelle Politikvermittlung und Politikerläuterung; ein Verständnis politischer Bildung als besondere kleine Öffentlichkeiten, in denen diskutiert, Orientierungen ausgetauscht und erarbeitet werden. Eine Wertschätzung zeitlich langer, besonderer didaktischer Formen, wie sie die Erwachsenenbildung intendiert, wird deshalb auch eher benachteiligt oder ausgeblendet.

Das Setting wirft überhaupt insgesamt etliche Fragen auf. Rudolf setzt den Bürgerwillen bzw. das Bürgerinteresse mit dem ökonomischen Marktbegriff gleich. Die konkreten Formen der Teilnehmerorientierung in Veranstaltungen und das ganze soziale Netzwerk und kulturelle Geflecht, in das Angebote der polischen Bildung eingebettet sind und die mit für eine Partizipation und Aushandlungsmöglichkeiten der Teilnehmenden sorgen, bleiben unberücksichtigt. Sein Verständnis der Wirklichkeit politischer Erwachsenenbildung, das natürlich auch den Fragebogen mitgeprägt hat, droht sich manchmal einseitig auf Quoten, Aktualität und Informationswissen zu fixieren.

Die zum Teil ablehnenden Reaktionen der Profession muss man sich auch erklären als Ergebnis eines seit Jahren schwieriger werdenden politischen und administrativen Umfelds und außerordentlich enger Finanzierungsbedingungen der außerschulischen Bildung. Nachdem man jahrelang trotz sinkender Zuschüsse professioneller geworden ist, kommt nun jemand, der sagt, „ihr erreicht zu wenig Menschen, ihr bietet die falschen Themen und Formen“ an. Das wirkt mindestens provokativ.

Trotz der Einwände sollte man aber konstruktiv mit der Studie umgehen, sie verdient Aufmerksamkeit. Interessant könnte auch eine Zweitauswertung sein, welche die Ergebnisse bewusst anders zu lesen sucht und vergleichend empirische Untersuchungen und Evaluationen des letzten Jahrzehnts einbezieht.

Paul Ciupke

Naomi Sargant/Fiona Aldridge
Adult Learning and social division
A persistent pattern
Volume 1: The full NIACE survey on adult participation in learning, 135 Seiten, 24,95 GBP, ISBN 1-86201-155-9
Volume 2: Issues arising from the NIACE survey on adult participation in learning, 121 Seiten, 16,95 GBP,ISBN 1-86201-167-2
(National Institute of Adult Continuing Education – NIACE) Leicester 2002

Die NIACE-Erhebung ist in etwa vergleichbar mit dem Berichtssystem Weiterbildung, das alle zwei Jahre in Deutschland erscheint. Sie wird seit 1996 in einem Turnus von drei Jahren erhoben. Ziel von NIACE, dem National Institute of Adult Continuing Education (England and Wales) ist es, die Weiterbildungsteilnahme unter dem Aspekt von lebenslangem Lernen insbesondere von denjenigen Personen zu erhöhen, die einen erschwerten Zugang zu Weiterbildung haben auf Grund von